



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

evakuierenJETZT  
Lyssachstrasse 24  
3400 Burgdorf

Basel, 25. Mai 2021

### **Regierungsratsbeschluss vom 25. Mai 2021**

#### **Petition «für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern auf den griechischen Inseln»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. August 2020 ist Ihnen der Eingang Ihrer Petition „für ein Engagement unserer Gemeinde zur Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern auf den griechischen Inseln“ von der Staatskanzlei bestätigt worden. Die Petition fordert vom Regierungsrat die Bereitschaft, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen, einen solchen Beschluss öffentlich zu kommunizieren und ihn an den Bundesrat weiterzuleiten. Basel-Stadt hat seine Haltung in dieser Frage bereits mit Schreiben vom 17. Juni 2020 an Fabian Bracher, Co-Koordinator von evakuierenJETZT, Fabian Bracher, zum Ausdruck gebracht. In der Beantwortung Ihrer Anfrage hatte der Regierungsrat sich bereit erklärt, den dringlichen Appell von evakuierenJETZT zu unterstützen und zugestimmt, dass Basel-Stadt auf Ihrer Webseite aufgeführt wird. Auch hat er sich bereit erklärt, den Brief von evakuierenJETZT an die zuständige Bundesrätin mit zu unterzeichnen.

Zum aktuellen Stand in Sachen Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen aus Griechenland durch die Schweiz können wir heute folgendes berichten:

Der Kanton Basel-Stadt hat sich in der Vergangenheit mehrfach dafür eingesetzt, dass Flüchtlinge in Not im Rahmen dringlicher humanitärer Sofortmassnahmen rasch in die Schweiz gebracht werden können. Er hat sich dem Bund gegenüber wiederholt bereit erklärt, ausserhalb des Verteilschlüssels besonders schutzbedürftige Flüchtlinge von blockierten Seenotrettungsbooten oder aus Griechenland aufzunehmen. Die Entscheidkompetenz für zusätzliche Flüchtlingsaufnahmen liegt beim Bund. Kantonen und Städten ist dies aufgrund der klar geregelten Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen nicht möglich.

Der Regierungsrat nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich die Migrationslage in Griechenland in den letzten Monaten nicht verbessert hat. Mobbing- und Korruptionsvorwürfe sowie die Verwicklung in illegale Pushbacks belasten die EU-Grenzschutzagentur Frontex schwer. Die Zustände in den Flüchtlingslagern auf den Inseln sind unverändert prekär. Auf der Insel Lesbos ist zwar nach dem verheerenden Brand des Flüchtlingslagers Moria, in dem über 12'000 Personen gelebt hatten, ein neues Zeltlager errichtet worden. Hilfsorganisationen und Medienberichte kritisieren, die Lebensumstände seien auch heute unverändert katastrophal und menschenunwürdig. Das Lager wäre für 3'500 Menschen konzipiert, beherbergt aber über 7'000 Personen.

Immerhin sind die Unterkünfte auf den Inseln durch die kontinuierliche Umsiedlung aufs Festland entlastet worden. Aktuell sind noch rund 16'000 Migrantinnen und Migranten in den Hotspots auf den Inseln untergebracht, im Gegensatz zu über 40'000 Personen vor dem Brand im Lager Moria. Aber auch nach dem Transfer aufs Festland bleiben die Lebensbedingungen der Flüchtlinge prekär. Zwar sollen die Asylverfahren beschleunigt und Berechtigten innerhalb von zwei bis drei Monaten nach Einreise Asyl gewährt werden. Mit der Asylgewährung wird den anerkannten Flüchtlingen jedoch die staatliche Unterstützung gestrichen. Der Zugang zu Arbeitsmarkt, Wohnungen, zu Bildung und Gesundheitsversorgung ist in der aktuellen Wirtschaftslage für Geflüchtete kaum oder nur schwer möglich.

Basel-Stadt hat nicht nur den breit abgestützten Appell von evakuierenJETZT unterstützt, sondern hat sich auch der Allianz «Städte und Gemeinden für die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen» angeschlossen. Als Mitglied der Allianz ist Basel-Stadt weiterhin bereit, zusätzlich zu den Kantonszuweisungen gemäss nationalen Verteilschlüssel weitere Geflüchtete aufzunehmen. Die Allianz hat diesem Anliegen am 29. März 2021 im Rahmen Ihrer Medienkonferenz erneut Nachdruck verliehen. Der Kanton Basel-Stadt erklärte sich einmal mehr bereit, dieses Jahr zusätzlich 30 Geflüchtete aufzunehmen. Die Mitglieder der Allianz stehen für die Planung weiterer Schritte in regelmässigem Austausch. Mit Spannung werden die Ergebnisse der SEM-Studie zu alternativen legalen Zugangswegen für Flüchtlinge abgewartet, die voraussichtlich Ende August 2021 publiziert werden soll.

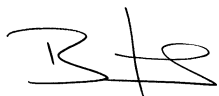
Der Bund hält bisher unverändert an seiner Haltung fest. Die Schweiz habe sich mit humanitärer Nothilfe vor Ort und der Aufnahme von 92 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) aus Griechenland in der Sache ausreichend engagiert. Auch wolle man sich in Brüssel weiterhin für eine Verbesserung des Asylsystems einsetzen. Es wird argumentiert, vom EU-Mitgliedstaat Griechenland werde die Einhaltung europäischer Vorgaben im Umgang mit Geflüchteten erwartet. Es bestehe kein politischer Wille zur verstärkten Aufnahme Geflüchteter aus Griechenland in die Schweiz bzw. in Schweizer Städte. Das Angebot von Städten und Gemeinden zusätzlicher Aufnahmen ausserhalb des Verteilschlüssels sei nicht der richtige Weg. Es gelte, sich am Resettlement-Konzept zu orientieren, welches alle zwei Jahre die Aufnahme von 1'500 bis maximal 2'000 Resettlement-Flüchtlingen aus Drittstaaten ermögliche.

Der Regierungsrat ist weiterhin der Meinung, dass der Bund mehr tun soll und kann. Mit dem Einreichen einer Standesinitiative betreffend Aufnahme von Menschen aus Griechenland und Auslastung der Asylzentren am 27. April 2021 hat Basel-Stadt erneut klargestellt, dass vom Bund mehr Engagement erwartet wird. Mit der Standesinitiative soll erreicht werden, dass ein Erlass der Bundesversammlung zur zusätzlichen Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ausgearbeitet wird, der für den Bundesrat auch ohne rechtssetzende Bestimmungen verbindlich wäre.

Basel-Stadt bleibt dran.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin